

Tarifpolitischer Halbjahresbericht

Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2008

von Reinhard Bispinck und WSI-Tarifarchiv

1. Einleitung	1
2. Ergebnisse im Überblick.....	4
3. Ausgewählte Tarifrunden	6
3.1 Stahlindustrie	6
3.2 Öffentlicher Dienst	7
3.3 Chemische Industrie	12
4. Ausblick	15

Anhang

Grafik, Tabellen, Übersichten

- Abschlussraten
- Jahresbezogene Erhöhungen
- Grundvergütung und Tarifniveau Ost/West
- Ausgewählte Tarifabschlüsse

Düsseldorf, Juli 2008

Tarifinfos im Internet:
www.tarifvertrag.de

Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliches
Institut in der
Hans-Böckler-Stiftung
(WSI)

Verantwortlich:
Prof. Dr. Heide Pfarr

Redaktion:
Dr. Reinhard Bispinck
WSI-Tarifarchiv

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 7778-248

Fax: 0211 / 7778-250

E-Mail: tarifarchiv@wsi.de

www.tarifvertrag.de

ISSN 1861 - 1842

1. Einleitung

Die tarifpolitische Entwicklung im ersten Halbjahr 2008 zeichnet ein vorwiegend positives Bild. In einer Reihe von Branchen und Tarifbereichen ist es den Gewerkschaften gelungen, deutlich höhere Tarifabschlüsse als in den Vorjahren zu tätigen. In Einzelbereichen wurden Abschlussraten von bis zu 5 % und knapp darüber erreicht. Dominierend für das Tarifgeschehen waren die Stahlindustrie und die chemische Industrie, dort konnten die Gewerkschaften die günstige Entwicklung des Vorjahres fortsetzen. Im öffentlichen Dienst gelang nach Jahren faktischer Nullrunden erstmals ein Abschluss deutlich über der Inflationsrate. Aber es gab auch Probleme: Im Einzelhandel gelang es auch nach über einjährigen Verhandlungen und Konflikten nicht, für die Branche einen neuen Lohn- und Gehaltstarifvertrag abzuschließen. Im Kfz-Handwerk kämpft die IG Metall in einzelnen Regionen um den Erhalt des Flächentarifvertrages. Insgesamt präsentierten sich die Gewerkschaften kampfbereit: In zahlreichen Branchen kam es zu Warnstreiks und Protestaktionen. Die teilweise sehr hohe Beteiligung dokumentierte die Bereitschaft der Mitglieder zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen.

Die ökonomischen **Rahmenbedingungen** der Tarifrunde entwickelten sich zwiespältig. Zum einen erwarteten die Ökonomen in Folge der Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten und der nachlassenden globalen Konjunktur auch für Deutschland eine Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung. Der Sachverständigenrat prognostizierte für 2008 eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,9 %, im Jahreswirtschaftsbericht ging die Bundesregierung von 1,7 % aus und das IMK reduzierte seine Wachstumsprognose für 2008 sogar auf 1,5 % (SVR 2007, JWB 2007, IMK 2007). Zumindest in den ersten Monaten des Jahres entwickelte sich die Konjunktur in Deutschland dann günstiger als erwartet. Auch die Belebung des Arbeitsmarktes hielt zunächst noch an. Für die Tarifrunde entscheidend waren die anhaltend positive Gewinnentwicklung der privaten Wirtschaft, die kräftige Steigerung der Manager- und Vorstandsbezüge und das bei den Beschäftigten ausgeprägte Gefühl, am jahrelangen Aufschwung bislang nicht oder nur unzureichend partizipiert zu haben. Die daraus resultierende Erwartungshaltung fand ihren Niederschlag auch in den Tarifforderungen.

Die **Lohn- und Gehaltsforderungen** der Gewerkschaften fielen in dieser Tarifrunde noch einmal höher aus als im Vorjahr. Den Spitzenreiter bildete der öffentliche Dienst. Dort forderte die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) eine Tarifierhebung von 8 % mindestens jedoch 200 € Ebenfalls 8 % forderten die Gewerkschaften u. a. in der Stahlindustrie, in der Papierverarbeitung und im Bankgewerbe. Erstmals seit 2004 stellte die IG BCE für die chemische Industrie mit 7 % wieder eine bezifferte Forderung auf. In anderen Branchen blieben die Forderungen mit 4,5 bis 5,5 % deutlich darunter (vgl. Übersicht 1).

Nach dem Kündigungsterminkalender liefen die Tarifverträge im öffentlichen Dienst Ende Dezember 2007 als erste aus, gefolgt von der Eisen- und Stahlindustrie Ende Januar 2008. Die Entgelttarifverträge in der chemischen Industrie liefen regional unter-

schiedlich zwischen Ende Februar und Ende April aus. Die Verträge im westdeutschen Kfz-Gewerbe endeten überwiegend ebenfalls Ende Februar.

Übersicht 1: Tarifforderungen in der Tarifrunde 2008 in ausgewählten Tarifbereichen

Bankgewerbe	8 %
Chemische Industrie	7 %
Deutsche Post AG	7 %
Eisen- und Stahlindustrie	8 %
Kfz-Gewerbe Nordrhein-Westfalen	5 %
Landwirtschaft	5,5 %
Nahrung-Genuss-Gaststätten	4,5 - 6 %
Öffentlicher Dienst (Bund, Gemeinden)	8 % mind. 200 €
Papier verarbeitende Industrie	8 %
Redakteure an Tageszeitungen und Zeitschriften	7,5 %
Textil- und Bekleidungsindustrie	5,5 %

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Den ersten wichtigen Abschluss gab es am 20.2.2008 in der **Eisen- und Stahlindustrie** (vgl. Punkt 3.1). Für Februar wurde eine Pauschale von 200 € gezahlt, zum 1.3.2008 folgte eine Tarifierhebung um 5,2 % mit einer Laufzeit bis Ende März 2009. Am 31.3.2008 vereinbarten die Tarifparteien im **öffentlichen Dienst** (Bund, Gemeinden) einen Sockelbetrag von 50 € sowie eine Anhebung um 3,1 % ab dem 1.1.2008 (für die Gemeinden Ost erfolgt beides ab 1.4.2008), es geht weiter mit einer Einmalzahlung von 225 € zum Jahresbeginn 2009 und einer Stufenerhöhung von 2,8 % ebenfalls ab dem 1.1.2009 mit einer Laufzeit bis Ende 2009 (vgl. Punkt 3.2). Am 16.4.2008 erreichte die IG BCE für die **chemische Industrie** folgenden Abschluss (vgl. Punkt 3.3): Regional unterschiedlich gibt es ab März/April/Mai 2008 eine Tarifierhebung von 4,4 %, es folgt eine Stufenerhöhung von 3,3 % ab April/Mai/Juni 2009. Für die ersten 13 Monate wird eine zusätzliche Einmalzahlung von 0,5 % gezahlt. Die Gesamtlaufzeit beträgt 25 Monate.

In anderen Branchen gelangen ebenfalls Abschlüsse oberhalb der Inflationsrate: In der **Landwirtschaft** sieht die Bundesempfehlung eine Erhöhung von 3,8 % ab dem 1.3.2008 und eine Stufenerhöhung von 3,2 % ab dem 1.2.2009 bei einer Laufzeit bis Ende März 2010 vor. In der **Textil- und Bekleidungsindustrie** wird nach einem Nullmonat und einer Pauschale für April und Mai 2008 in Höhe von 200 € eine Tarifierhebung von 3,6 % ab dem 1.6.2008 gezahlt. Die Laufzeit reicht bis Ende Februar 2009. Bei der **Deutschen Post AG** sieht der Tarifabschluss für die Monate Mai bis Oktober eine Pauschale von 200 € vor, anschließend erhalten die Beschäftigten eine Tarifierhebung von 4,0 % und eine nochmalige Steigerung um 3,0 % ab 1.11.2009 mit einer Laufzeit bis Ende Juni 2010. In der **Energiewirtschaft** NRW (GWE-Bereich) steigen die Tarife ab dem 1.7.2008 um 4,0 %, ein Jahr später folgt eine Stufenerhöhung von 3,5 % bis Ende Juni 2010. In der **Papier verarbeitenden Industrie** umfasst der Tarifabschluss nach einem Nullmonat eine Tarifierhebung von 3,9 % ab dem 1.5.2008 sowie eine Stufenerhöhung von weiteren 2,9 % ab dem 1.5.2009 für weitere 12 Monate.

Geringere Tariferhöhungen wurden vereinbart im **Brauereigewerbe** Nordrhein-Westfalen mit einem Plus von 3,0 % für das Jahr 2008. Im **Hotel- und Gaststättengewerbe** Nordrhein-Westfalen beträgt die Tariferhöhung ebenfalls 3,0 % ab 1.3.2008, ein Jahr später folgt einer Stufenerhöhung um 2,5 % mit einer Laufzeit bis Ende Mai 2010.

Übersicht 2: Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2008

Abschluss	Tariffbereich	Ergebnis
23.01.2008	Landwirtschaft	Bundesempfehlung: 3,8 % ab 01.03.08 3,3 % Stufenerhöhung ab 01.02.09, Laufzeit bis 31.03.10
11.02.2008	Brauereien Nordrhein-Westfalen	3,0 % ab 01.01.08, Laufzeit bis 31.12.08
20.02.2008	Eisen- und Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen	200 €Pauschale für Februar 2008 5,2 % ab 01.03.08, Laufzeit bis 31.03.09
21.02.2008	Hotel- und Gaststättengewerbe Nordrhein-Westfalen	3,0 % ab 01.03.08 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.03.09, Laufzeit bis 31.05.10
07.03.2008	Kfz-Gewerbe Hessen	Nach 1 Nullmonat (März) 2,5 % ab 01.04.08 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.08 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.09, Laufzeit bis 30.04.10
11.03.2008	Textil- und Bekleidungsindustrie West	Nach 1 Nullmonat (März) 200 €Pauschale insg. für April und Mai 2008 3,6 % ab 01.06.08, Laufzeit bis 28.02.09
31.03.2008	Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden West und Ost	50 €Sockelbetrag plus 3,1 % ab 01.01.08 (Gemeinden Ost: beides ab 01.04.08) 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.01.09 225 €Einmalzahlung zum 01.01.2009, Laufzeit bis 31.12.09 (Abweichungen bei Krankenhäusern, Nahverkehr und Versorgung)
03.04.2008	Einzelhandel: REWE-Gruppe	50 €Pauschale für jeden tariflosen Monat in 2007 3,0 % ab 01.01.08, Laufzeit bis 30.04.09
08.04.2008	Ärzte/innen an kommunalen Krankenhäusern (Marburger Bund)	4,0 % durchschnittlich ab 01.04.08 3,8 % Stufenerhöhung ab 01.01.09, Laufzeit bis 31.12.09
16.04.2008	Chemische Industrie	4,4 % regional unterschiedlich ab 03/04/05/2008 3,3 % Stufenerhöhung ab 04/05/06/2009, Laufzeit bis 03/04/05/2010 Einmalzahlung von 0,5 % für die ersten 13 Monate
22.04.2008	Steinkohlenbergbau	300 €Pauschale insg. für Januar - April 3,4 % ab 01.05.08 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.07.09, Laufzeit bis 31.12.10
30.04.2008	Deutsche Post AG	200 €Pauschale insg. für Mai – Oktober 4,0 % ab 01.11.08 3,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.09, Laufzeit bis 30.06.10
08.05.2008	Papierverarbeitung	Nach 1 Nullmonat (April) 3,9 % ab 01.05.08 2,9 % Stufenerhöhung ab 01.05.09, Laufzeit bis 30.04.10
29.05.2008	Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalen (GWE)	4,0 % ab 01.07.08 3,5 % Stufenerhöhung ab 01.07.09, Laufzeit bis 30.06.10

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: Juni 2008

Im **Kfz-Gewerbe** gelang der erste regionale Abschluss in Hessen: Dort erhalten die Beschäftigten nach einem Nullmonat ab dem 1.4.2008 eine Tariferhöhung von 2,5 %, ab dem 1.12.2008 eine Stufenerhöhung von 2,0 % und ein Jahr später weitere 2,0 %. Die Laufzeit reicht bis Ende April 2010. Ähnliche Abschlüsse gab es auch in anderen

regionalen Tarifbereichen. In Nordrhein-Westfalen ließ der zuständige Verband die Verhandlungen mit der IG Metall kurz vor der endgültigen Einigung platzen und gab sein tarifpolitisches Mandat ganz auf. Kurz zuvor hatte der Verband mit der konkurrierenden „Christlichen Gewerkschaft Metall“ einen Tarifvertrag zu deutlich schlechteren Konditionen abgeschlossen. Die IG Metall versucht nun, über Firmentarifverträge schrittweise die Tarifbindung und perspektivisch auch den Flächentarifvertrag wieder herzustellen.

Im **Einzelhandel** hat ver.di nach den seit rund einem Jahr erfolglosen regionalen Verhandlungen am 3.4.2008 einen Tarifvertrag mit der REWE-Gruppe abgeschlossen. Er sieht eine Pauschalzahlung von 50 € für jeden tariflosen Monat im Jahr 2007 sowie eine Tarifierhebung um 3,0 % ab 1.1.2008 mit einer Laufzeit bis Ende April 2009 vor. Auch eine Regelung für die umstrittenen Spätarbeitszuschläge wurde gefunden: Es wurde eine zusätzliche variable Jahressondervergütung in Höhe von 12,5 % (0 - 25 %) des individuellen monatlichen Tarifentgelts vereinbart. Im Gegenzug fallen die Samstagzuschläge bis 18:30 Uhr weg. Erstmals werden alle Samstage, auch die vier vor Weihnachten, ab 18:30 Uhr zuschlagspflichtig. Die Zuschlagregelung von Montag bis Freitag ab 18:30 sowie die Nachtarbeitszuschläge bleiben unverändert. Eine Übertragung dieser oder ähnlicher Vereinbarungen auf die ganze Branche ist bislang nicht gelungen.

2. Ergebnisse im Überblick

Im ersten Halbjahr des Jahres 2008 schlossen die Gewerkschaften des DGB Einkommenstarifverträge für rund **4,4 Mio.** Beschäftigte ab, darunter rund 0,7 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht einem knappen Viertel der von Tarifverträgen erfassten ArbeitnehmerInnen.

Die **durchschnittliche Abschlussrate** betrug für die Beschäftigten in Westdeutschland 6,5 %, für die Beschäftigten in Ostdeutschland 8,5 % (vgl. Tabelle 1 im Anhang). Diese Größe berücksichtigt nur die tabellenwirksamen Tarifierhebungen und schließt auch weitere Stufenanhebungen ein, die während der Laufzeit der Verträge wirksam werden. Pauschal- und zusätzliche Einmalzahlungen werden hingegen nicht berücksichtigt.

Berücksichtigt man ausschließlich die im Jahr 2008 in Kraft tretenden Tarifierhöhungen, ergibt sich eine Erhöhung von 4,6 % (West: 4,3 %, Ost: 6,0 %). Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich in diesem Jahr folgende Streuung: Am unteren Ende liegt das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit 3,0 % sowie die Bereiche Investitionsgütergewerbe, Verbrauchsgütergewerbe und Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck mit je 3,7 %. An der Spitze steht der Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen mit 5,6 % sowie das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 4,6 %.

In Relation zu anderen gesamtwirtschaftlichen Größen ist die **jahresbezogene Steigerung** der Tarifverdienste heranzuziehen. Diese Größe bringt - anders als die Abschlussrate - die Steigerung des durchschnittlichen tariflichen Monatsentgelts des laufenden

Jahres gegenüber dem Vorjahr zum Ausdruck. Einbezogen werden bei dieser Größe auch die Pauschalzahlungen z. B. für verzögert in Kraft getretene Neuabschlüsse und zusätzliche Einmalzahlungen. Auf der Basis der vorliegenden Abschlüsse (Stichtag 15.6.2008) beträgt die kalenderjährliche Erhöhung der Tarifverdienste für dieses Jahr durchschnittlich 3,6 %. Für jene Wirtschaftszweige und Tarifbereiche, für die bereits im vergangenen Jahr oder früher Tarifierhebungen für das gesamte Jahr 2008 vereinbart wurden, errechnet sich eine jahresbezogene Steigerung von 3,1 %. Insgesamt ergibt sich für 9,0 Mio. erfasste Beschäftigte eine durchschnittliche Tarifsteigerung für das Jahr 2008 von **3,3 %**.

Tabelle 1: Tarifsteigerung 2008 ¹

Wirtschaftsbereich	West	Ost	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	3,4	3,9	3,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	2,9	3,5	3,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	3,3	4,0	3,4
Investitionsgütergewerbe	2,2	2,0	2,2
Verbrauchsgütergewerbe	3,0	2,7	2,9
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,5	2,8	2,5
Baugewerbe	3,0	3,0	3,0
Handel	3,1	3,1	3,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4,2	4,3	4,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	2,7	2,7	2,7
Private Dienstleistungen, Org. o. Erwerbszweck	2,9	2,9	2,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	3,1	8,7	4,3
Gesamte Wirtschaft	3,0	5,0	3,3

¹ Jahresbezogene Erhöhung 2008 gegenüber 2007

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2008 Stand: 15.6.2008

Die **kalenderjährliche Tarifsteigerung** liegt mit **3,3 %** in diesem Jahr voraussichtlich gut einen Prozentpunkt über dem Wert des Vorjahres (2007: 2,2 %). Angesichts einer laufenden Preissteigerungsrate von rund 3 % wird mit dieser Tarifierhöhung immerhin gesamtwirtschaftlich eine kleine tarifliche Reallohnsteigerung erreicht. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass große Tarifbereiche wie z.B. der Einzelhandel mit rund 2 Mio. Beschäftigten darin noch nicht enthalten sind. Auch die Metall- und Elektroindustrie mit rund 3,4 Mio. Beschäftigten ist noch nicht berücksichtigt. Dort laufen die Tarifverträge erst Ende Oktober dieses Jahres aus.

Zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergeben sich deutliche Unterschiede (vgl. auch Tabelle 2 im Anhang). Die Spannweite zwischen den Wirtschaftsbereichen fällt allerdings in diesem Jahr geringer aus als im Vorjahr. Sie variiert zwischen 2,2 % im Investitionsgütergewerbe und 4,3 % im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung. Dazwischen liegen u.a. die Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 4,2 %, Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft mit 3,7 %, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 3,4 %, Baugewerbe mit 3,0 % sowie Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck mit 2,9 %.

Ein Blick auf das **Tarifniveau Ost/West**, d. h. das Verhältnis der tariflichen Grundvergütungen in den neuen im Vergleich zu den alten Ländern, ergibt am Beispiel ausgewählter Tarifbereiche folgendes Bild (siehe auch Tabelle 3): Im Durchschnitt von rund 40 ausgewählten Tarifbereichen mit rund 1,8 Mio. Beschäftigten errechnet sich gegenüber Ende 2007 ein Anstieg des Tarifniveaus Ost/West von 95,2 auf 96,7 %. Die Ursache für den deutlichen Anstieg liegt vor allem in der Tarifniveaueinhebung im öffentlichen Dienst.

3. Ausgewählte Tarifrunden

3.1 Stahlindustrie

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte in der Stahlindustrie ein tarifpolitisches Ergebnis vereinbart werden, das sich deutlich aus dem tarifpolitischen Umfeld abhebt. Der vorangegangene Abschluss vom September 2006 hatte eine Pauschalzahlung von 500 € eine Tarifierhebung von 3,8 % und eine zusätzliche Einmalzahlung von 750 € beinhaltet. Er lief Ende Januar 2008 aus. Angesichts der weiterhin hervorragenden Branchenkonjunktur (IG Metall 2007) stellte die IG Metall im Dezember 2007 für die Stahlindustrie in Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-Westfalen sowie Ostdeutschland folgende Tarifforderungen auf, die sie unter die Überschrift „Mehr Geld und humanere Arbeitsbedingungen“ stellte:

- Erhöhung der tariflichen Löhne und Gehälter um 8,0 % ab Februar 2008 mit einer Laufzeit von 12 Monaten
- Anhebung der Ausbildungsvergütungen um 100 € sie waren bei den Tarifrunden 2005 und 2006 aufgrund eines zusätzlichen Angebotes von Ausbildungsplätzen nicht erhöht worden
- Einführung eines zusätzlichen freien Arbeitstages pro Kalenderjahr für Beschäftigte ab dem 50. Lebensjahr unter Fortzahlung des regelmäßigen Arbeitsverdienstes
- weitere Verhandlungen zu einem „Gemeinsamen Entgelttarifvertrag (GERT)“

In der ersten Verhandlung am 21.1.2008 für die westdeutschen Tarifgebiete stießen die gewerkschaftlichen Forderungen erwartungsgemäß auf scharfe Kritik der Stahlarbeitgeber. Zwar räumten sie eine anhaltende Sonderkonjunktur ein, betonten aber die wachsenden Risiken des Stahlmarktes und stellten heraus, dass die Beschäftigten bereits mit Sondervergütungen an den steigenden Gewinnen beteiligt würden. Die IG Metall machte frühzeitig Druck auf die Arbeitgeber. Nachdem auch die zweite Verhandlungsrunde am 29.1. ohne Arbeitgeberangebot blieb, begann sie unmittelbar nach Ende der Friedenspflicht am 30.1. mit Warnstreiks. Bis zur nächsten Verhandlungsrunde nahmen über 16.000 Beschäftigte aus 58 Betrieben der Stahlindustrie an Warnstreiks mit einer Dauer von bis zu acht Stunden teil. Die IG Metall kündigte außerdem bereits für Mitte Februar Urabstimmung und Streiks an, falls es bis dahin nicht zu einem akzeptablen Tarifergebnis komme. Die Arbeitgeber legten daraufhin am 12.2. ein erstes Angebot vor: Danach sollten die Löhne und Gehälter um 3,5 % angehoben werden bei einer Laufzeit von 16 Monaten bis Ende Mai 2009. Die IG Metall lehnte das Angebot ab.

Das Angebot sei viel zu niedrig, in der Laufzeit deutlich zu lang und damit in Gänze inakzeptabel. So provozierten die Arbeitgeber nur weitere massive Warnstreiks. Tatsächlich startete die Gewerkschaft eine zweite Warnstreikwelle, an der sich mehr als 20.000 Beschäftigte beteiligten. Insgesamt lag die Beteiligung nach Gewerkschaftsangaben mit knapp 40.000 Beschäftigten doppelt so hoch wie im Jahr 2006. Am 19.2. fand die vierte Verhandlungsrunde statt, die mit folgendem **Ergebnis** endete, das am 21.2. auch für die ostdeutsche Stahlindustrie übernommen wurde:

- 200 €Pauschale für Februar 2008
- Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 5,2 % ab dem 1.3.2008
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen in allen Ausbildungsjahren um jeweils 70 €
- Laufzeit von insgesamt 14 Monaten bis zum 31.3.2009
- Vereinbarung über den Abschluss der GERT-Verhandlungen bis Ende Juni 2009

Eine Verkürzung der Arbeitszeit für Ältere konnte die IG Metall nicht durchsetzen. Materiell bewertete die Gewerkschaft den Abschluss sehr positiv. Es handele sich um das beste Ergebnis seit 15 Jahren. Tatsächlich wurde der letzte höhere Abschluss im Jahr 1991 vereinbart. Die Tarifkommission stimmte dem Ergebnis daher auch einstimmig zu. Die Stahlarbeitgeber waren weniger zufrieden. Ihr Vorsitzender Helmut F. Koch machte deutlich, dass vor allem der angedrohte Streik zu diesem Ergebnis geführt habe. Er hätte „gravierende Auswirkungen“ gehabt, die man habe vermeiden wollen. Weitere Verhandlungen seien jedoch „nicht erfolgversprechend“ gewesen. Für die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) warnte deren Präsident Dieter Hundt, dass dieser Abschluss „auf keinen Fall“ auf andere Branchen übertragen werden dürfe (BDA-Pressemeldung vom 20.2.2008). Gleichwohl war die „Stahl-Vorlage“ (FAZ vom 21.2.2008) in der Welt und entfaltete ihre zumindest mittelbare Orientierungswirkung.

3.2 Öffentlicher Dienst

Im öffentlichen Dienst gelang es den Gewerkschaften erstmals nach drei Jahren wieder Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung zu gewinnen. Durch eine sehr hohe Mobilisierung der Mitglieder, die ihren Ausdruck in zwei massiven Warnstreikwellen fand, konnten die kooperierenden Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes des DGB wie auch der dbb tarifunion soviel Druck entfalten, dass ein für viele Beobachter überraschend hohes materielles Ergebnis erzielt werden konnte. Allerdings mussten die Gewerkschaften bei der Arbeitszeit Zugeständnisse machen.

3.2.1. Ausgangssituation und Forderungen

Im Februar 2005 war der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (kurz: TVöD) abgeschlossen worden, der im Kern eine Zusammenführung und völlige Neugestaltung der bis dahin getrennten Lohn- und Gehaltstarifverträge vorsah (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2006, Meerkamp 2008). Dieser Vertrag gilt für Bund und Gemeinden. Im Mai 2006 schloss ver.di mit den Ländern nach heftigen Auseinandersetzungen einen vergleichbaren Tarifvertrag (TV-L) ab. Mit dem TVöD wurde auch die Entgeltentwicklung der kommenden drei Jahre festgelegt. Vereinbart wurden Pauschalzahlungen von

jeweils 300 € für die Jahre 2005/2006/2007 mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2007. Für die Länder wurden ebenfalls Pauschalzahlungen für die Jahre 2006 und 2007 sowie eine Tarifierhebung von 2,9 % für das Jahr 2008 vereinbart.

Im TVöD waren verschiedene Punkte offen geblieben, für die Übergangsregelungen vereinbart worden waren bzw. die erst nach Vertragsabschluss geregelt werden sollten (ver.di 2007). Dazu zählte neben der befristeten Fortführung von Bewährungs- und Zeitaufstiegen vor allem die Erarbeitung einer neuen Entgeltordnung, die eine unmittelbare Eingruppierung der Beschäftigten auf Basis der neuen Entgeltgruppen ermöglichen soll.¹ Aufgrund zahlreicher Verzögerungen, für die ver.di die Arbeitgeberseite verantwortlich machte, rückte die Tarifrunde 2008 näher, ohne dass die so genannten „Restanten“ geklärt oder gar die neue Entgeltordnung verhandelt worden wäre.

Bereits bei der Tarifaufeinandersetzung 2006 hatte ver.di mit der dbb tarifunion, dem Zusammenschluss der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Deutschen Beamtenbund, eng kooperiert. Nach den dort gesammelten positiven Erfahrungen wurde für die Tarifrunde 2008 im öffentlichen Dienst eine offizielle tarifpolitische Kooperation beschlossen. Sie sah vor, dass die Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite gemeinsam geführt werden, wobei ver.di die Federführung haben sollte. Im Übrigen waren wie immer auch die anderen DGB-Gewerkschaften im Bereich des öffentlichen Dienstes, die GEW sowie die GdP, an den Verhandlungen beteiligt.

Im Vergleich zur allgemeinen Tarif- und Einkommensentwicklung waren die Einkommen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den vergangenen Jahren deutlich zurückgeblieben und hatten so zur gespaltenen Einkommensentwicklung beigetragen. Während beispielsweise in der Metallindustrie die Tarifeinkommen von 2000 bis 2007 nominal um fast 20 % gestiegen waren, blieben die Tarifentgelte im öffentlichen Dienst in diesem Zeitraum mit einem Plus von knapp über 11 % erheblich darunter. In den Jahren von 2005 bis 2007 mussten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Folge der geringen Pauschalzahlungen jeweils Realeinkommenseinbußen hinnehmen. Entsprechend hoch waren die Erwartungen für die Entgelttrunde 2008. In den regionalen Vordiskussionen innerhalb von ver.di waren zum Teil Forderungen von bis zu 10 % aufgestellt worden.

Bereits im Vorfeld der Verhandlungen hatte die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) mit „10 Punkten zur Tarifrunde 2008“ (VKA 2007) ihre Position abgesteckt. Darin betonten sie das Ziel, die Kommunen und deren Unternehmen im Wettbewerb zu stärken, das kommunale Dienstrecht weiter zu modernisieren und die Sicherheit der Arbeitsplätze zu erhalten. Die Beschäftigten sollten an der allgemeinen Lohnentwicklung angemessen beteiligt werden, die hohen Abschlüsse der Privatwirtschaft könnten jedoch kein Maßstab sein. Die Wochenarbeitszeit sollte wieder einheitlich auf 40 Stunden verlängert und die Leistungsbezahlung ausgeweitet werden. In

¹ Bislang werden die Beschäftigten noch nach den alten Vorschriften eingruppiert und erst in einem zweiten Schritt den neuen Entgeltgruppen zugeordnet.

Krankenhäusern sei kein Spielraum für lineare Tariferhöhungen, solange die Budgetdeckelung nicht aufgehoben sei.

Am 18./19.12.2007 beriet und beschloss die ver.di-Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst folgende **Forderungen** für die Tarifrunde 2008:

- Lineare Erhöhung der Tarifentgelte um 8,0 %, mindestens 200 € bei einer Laufzeit von 12 Monaten
- Auszubildende: tabellenwirksamer Festbetrag von 120 € Ost-West-Angleichung der Ausbildungsvergütung
- Übernahme der Auszubildenden und zwar unbefristet, Vollzeit, ausbildungsgerecht und wohnortnah
- Im Bereich Versorgung (TV-V): Entgelterhöhungen von 9,0 % sowie Erhöhung der Wechselschicht- und Schichtzulage auf 225 bzw. 150 €
- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf den Bereich der BeamtInnen

Die öffentlichen Arbeitgeber wiesen die Forderung vor allem mit dem Hinweis auf die nicht tragbaren Kosten zurück. Die haushaltspolitischen Möglichkeiten des Bundes seien zu berücksichtigen und das Konsolidierungsziel dürfe nicht gefährdet werden. Die Sockelforderung führe zu einer Erhöhung in den unteren Entgeltgruppen von bis zu 15,5 %, die 120 € für die Auszubildenden entspreche einer Erhöhung um bis zu 20 %.

3.2.2. Verhandlungen

Am 10./11. Januar begannen die Verhandlungen in Potsdam. Zunächst wurden in einem Spitzengespräch in kleinem Kreis die Grundsatzpositionen ausgetauscht. In der zweiten Verhandlungsrunde am 24.1. präsentierten die Arbeitgeber ein erstes Angebot. Es sah eine Entgelterhöhung vor in Höhe von:

- 2,5 % zum 1.2.2008
- 1,0 % zum 1.10.2008 und
- 0,5 % zum 1.3.2009

Außerdem sollte die Wochenarbeitszeit

- ab 1.7.2008 auf 39,5 Stunden und
- ab 1.1.2009 auf 40 Stunden

verlängert werden.

Die Gewerkschaften wiesen dieses Angebot als Provokation zurück. Das Entgeltangebot sei bei einer Laufzeit von 24 Monaten viel zu gering, außerdem sollten die Beschäftigten es mit einer Arbeitszeitverlängerung größtenteils selbst finanzieren. Die angebotenen 5 % würden überdies geschmälert, da für 2008 und 2009 jeweils 0,5 % davon auf ein höheres Volumen für das Leistungsentgelt entfallen sollten - eine Zahlung, die nicht allen Beschäftigten zugute käme.

In der dritten Verhandlungsrunde am 11./12. Februar besserten die Arbeitgeber ihr Angebot nicht nach. Darauf reagierten die Gewerkschaften mit einer massiven Warn-

streikwelle vom 14. bis 22.2., die jeden Tag einen anderen inhaltlichen Schwerpunkt hatte, von Krankenhäusern über Verwaltungen, Kindertagesstätten bis hin zum Nahverkehr und der Ver- und Entsorgung, und alle Bundesländer einbezog. Es beteiligten sich rund 200.000 Beschäftigte. Nachdem auch die vierte Verhandlungsrunde am 25./26.2. ohne Ergebnis blieb, folgte eine zweite noch stärkere bundesweite Warnstreikwelle vom 4. bis 6.3. mit rund 230.000 Beteiligten, die auch die Flughäfen mit einbezog. Die fünfte Verhandlungsrunde am 6./7.3. führte schließlich zum Scheitern, nachdem die Arbeitgeber eine Verbesserung ihres Angebots erneut von einer Verlängerung der Arbeitszeit abhängig gemacht und zu diesem Zweck auch die tariflichen Arbeitszeitbestimmungen zum 30.4.2008 gekündigt hatten.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen riefen die Arbeitgeber die Schlichtung an, die unter Leitung des früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU) und des langjährigen Hannoveraner Oberbürgermeisters Herbert Schmalstieg (SPD) stattfand. Der **Schlichtungsvorschlag**, der mit den Stimmen von Lothar Späth und der Arbeitgebervertreter zustande kam, sah vor:

- eine Tarifierhöhung um 4,0 % im Westen zum 1.4. , im Osten zum 1.8.,
- eine weitere Anhebung um 2,0 % ab 1.1.2009,
- eine Einmalzahlung von 450 € zum April 2008 für die Entgeltgruppen 1- 8 sowie 450 € für alle Beschäftigten im Juli 2009
- Verlängerung der Arbeitszeit im Westen auf 39,5 Stunden.

Nach der Vorlage des Schlichtungsvorschlages nahmen die Tarifparteien am 29.3. die Verhandlungen wieder auf. Die Gewerkschaften lehnten den Schlichtungsvorschlag ab. Er biete auf die Laufzeit umgerechnet und unter Berücksichtigung der Arbeitszeitverlängerung nicht einmal einen Inflationsausgleich. Die angebotenen Einmalzahlungen seien zudem nicht tabellenwirksam. Für größere Teile des öffentlichen Dienstes würde daher im Jahr 2008 der Reallohnverlust fortgeschrieben. Die vorgeschlagene Verlängerung der Arbeitszeit werde zu Stelleneinsparungen führen. Dies sei bei der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland kontraproduktiv. Unter dem Druck eines drohenden Streiks gelang nach dreitägigen Verhandlungen am 31.3. eine Einigung.

3.2.3. Ergebnisse

Die Ergebnisse beziehen sich sowohl auf die Tarifentgelte als auch auf die Arbeitszeitbestimmungen. In einigen Punkten wurden auch Sonderregelungen für einzelne Bereiche des öffentlichen Dienstes getroffen:

Entgelt:

- vorab 50 € Erhöhung (das entspricht im Durchschnitt der Entgeltgruppen einer Erhöhung um 2,0 %)
- Erhöhung der Tarifentgelte um 3,1 % ab 1.1.2008; in den Gemeinden Ost jeweils ab 1.4.2008)
- 2,8 % Stufenerhöhung ab 1.1.2009
- 225 € zusätzliche Einmalzahlung im Januar 2009
- Erhöhung der Auszubildendenvergütung um 70 € in allen Ausbildungsjahren

- Laufzeit bis 31.12.2009.

Ost/West-Niveau

- Bund Ost: Vorziehen der Anpassung von 92,5 auf 100 % des Westniveaus für die Entgeltgruppen 10-15 vom 1.1.2010 auf den 1.4.2008 (aus Abschluss 2003: Anpassung des Tarifniveaus der Entgeltgruppen 1-9 von 92,5/97 % (Bund/Gemeinden) auf 100 % des Westniveaus ab 1.1.2008).

Arbeitszeit

- Gemeinden West: Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 39 Std./W. ab 1.7.2008, ansonsten unveränderte Wochenarbeitszeit Bund West und Ost: 39 Std., Gemeinden Ost: 40 Std.
- Wegfall der Öffnungsklausel mit der Möglichkeit der Verlängerung der Arbeitszeit auf bis zu 40 Std./Woche durch landesbezirklichen Tarifvertrag und Anpassung der auf dieser Grundlage geschlossenen Tarifverträge an die neue Arbeitszeit-Regelung (abweichende Regelung für den Arbeitszeit-Tarifvertrag Niedersachsen).
- Verwendung von 2,5 Arbeitstagen für Zwecke der Vorbereitung und Qualifizierung im Erziehungsdienst.

Sonstiges:

- Hinwirken der Tarifparteien auf die befristete Übernahme Ausgebildeter für 12 Monate, jedoch nicht bei Ausbildung über den Bedarf hinaus.
- Für die Bereiche Krankenhäuser, Nahverkehr und Versorgung wurden Sonderregelungen getroffen.
- Die bereits vereinbarten Änderungen und Ergänzungen zum TVöD werden zum 1.7.2008 in Kraft gesetzt.

Die ver.di-Bundestarifkommission (BTK) nahm am 31. März in Potsdam mit 64 zu 25 Stimmen die Tarifeinigung an. Ver.di führte vom 1. bis 11.4. eine breit angelegte Mitgliederbefragung durch, die zur Diskussion des Tarifergebnisses und zugleich für eine intensive Mitgliederwerbung genutzt werden sollte. Bei dieser Befragung sprachen sich 76,5 % der Mitglieder für die Annahme des Tarifergebnisses aus.

Der Abschluss wurde von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sehr positiv bewertet. Insbesondere Struktur und Volumen der Entgelterhöhung wurden herausgestellt. Die Verlängerung der Arbeitszeit wurde als vertretbares Zugeständnis gewertet. Nach Auffassung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ist man an die Grenze des haushaltsmäßig und gesamtwirtschaftlich Machbaren gegangen. „Aber es galt, im gesamtstaatlichen Interesse dem Land lange und harte Arbeitskämpfe zu ersparen.“ (Erklärung vom 31.3.2008); ähnlich die kommunalen Arbeitgeber, die die Einigung als „schmerzhaften Kompromiss“ ansahen, der nur zu rechtfertigen gewesen sei, um einen Streik mit all seinen wirtschaftlichen und sozialen Beeinträchtigungen zu vermeiden (Presseerklärung vom 31.3.2008).

3.3 Chemische Industrie

In der chemischen Industrie konnte wie auch in der Stahlindustrie die vergleichsweise positive Entwicklung der vergangenen Jahre fortgesetzt werden. Zusätzlich zur Vereinbarung einer Tarifierhebung, die für 2008 deutlich über der erwartbaren Preissteigerungsrate liegt, wurde ein tarifpolitisches Paket „Lebensarbeitszeit und Demografie“ geschnürt, das bereits bestehende tarifliche Regelungen zusammenfasst und um betriebliche Demografiefonds ergänzt.

3.3.1. Ausgangssituation und Forderung

Die chemische Industrie lag in dieser Tarifrunde zeitlich gesehen an dritter Stelle. Für den Bereich der Industrie konzentrierte sich nach dem Stahlabschluss die tarifpolitische Aufmerksamkeit auf diesen Wirtschaftszweig. Die Entgeltabkommen liefen regional unterschiedlich Ende Februar/März/April 2008 aus. Wie üblich veröffentlichte der IG BCE-Hauptvorstand bereits im Vorfeld der Tarifrunde, dieses Mal am 12.12.2007, seine Forderungsempfehlung. Vor dem Hintergrund der stark steigenden Preisentwicklung sollte ein Tarifabschluss angestrebt werden, der - neben dem Ausgleich der Preissteigerung - die Produktivitätsentwicklung der chemischen Industrie berücksichtigt, so dass eine reale Einkommenserhöhung erreicht wird. Den Rahmen für eine Forderung bezifferte der Hauptvorstand zwischen 6,5 % und 7 %. Damit wurde - anders als in den Vorjahren - die Entgeltforderung wieder beziffert. Darüber hinaus wurde für den zum Jahresende 2008 auslaufenden Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“ ein Anschluss-Tarifvertrag zur Sicherstellung und Weiterentwicklung des Ausbildungsplatzniveaus gefordert. Aufgrund der demografischen Entwicklung fordert die IG BCE außerdem den Abschluss eines Tarifvertrages über flexible Instrumente zur Gestaltung der Lebensarbeitszeit. Darin sollten u.a. die Rahmenbedingungen für eine altern- und altersgerechte Arbeitsgestaltung und Möglichkeiten des flexiblen Übergangs in die Altersrente geregelt werden. Im Februar 2008 wurden die Forderungen endgültig beschlossen und dabei die Entgeltforderung auf 7,0 % festgelegt.

3.3.2. Verhandlungen und Ergebnis

Wie in früheren Jahren wurde auch in dieser Tarifrunde zunächst auf regionaler Ebene verhandelt. Ab der zweiten Runde waren zentrale Verhandlungen geplant. Die regionalen Verhandlungen begannen am 26.2. in Hessen, es folgten Rheinland-Pfalz (27.2.), Nordrhein (28.2.), Bayern (3.3.), Baden-Württemberg (4.3.), Berlin West (7.3.), Saarland (10.3.), Westfalen (11.3.), Niedersachsen (13.3.) und Schleswig-Holstein/Hamburg (14.3.). Im Mittelpunkt stand der ausführliche Austausch über die ökonomischen Rahmenbedingungen insbesondere in der chemischen Industrie.

Am 1.4. fand die erste Verhandlung auf Bundesebene statt. Erwartungsgemäß legten die Arbeitgeber zur Entgeltforderung noch kein Angebot vor. Fortschritte wurden dagegen nach Angaben der IG BCE in der Ausbildungsfrage und auch beim Thema flexibler Übergang in die Rente gemacht. Die Gespräche wurden auf den 15. und 16.4. vertagt. Anders als noch im Vorjahr gab es offenbar keine ernsthaften Konflikte, so dass diesmal eine größere Mobilisierung der Belegschaften unterblieb. Bereits in der zweiten

Runde konnte dann am 16.2. ein **Abschluss** erzielt werden, der folgende Bestandteile beinhaltet:

Entgelt:

- Anhebung der Entgelte regional unterschiedlich ab März, April oder Mai 2008 für jeweils 13 Monate um 4,4 %
- Stufenanhebung um weitere 3,3 % für jeweils 12 Monate
- zusätzliche Einmalzahlung in Höhe von insgesamt 7,0/7,8/9,1 % eines Monatsentgelts für Beschäftigte in Normal-/teil-/vollkontinuierlicher Schicht zahlbar spätestens bis Ende Juli 2008 (dies entspricht 0,5 % für den Zeitraum von 13 Monaten)
- Öffnungsklausel: Kürzung oder Wegfall des Betrages ist aus wirtschaftlichen Gründen möglich.

Ausbildung:

- Ausbildungsvergütungen: Erhöhung der regional unterschiedlichen Beträge um 34 €/Monat für 13 Monate und 26 €/Monat für weitere 12 Monate
- Verlängerung des Tarifvertrages „Zukunft durch Ausbildung“ und Konkretisierung für die Jahre 2009 und 2010
- Festschreibung des Ausbildungsplatzangebots von insgesamt 16.800 Ausbildungsplätzen für die Jahre 2009 und 2010
- Ausbildungsplatzzahlen nach 2010 werden im Rahmen künftiger Verhandlungen festgelegt.

Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie“:

Mit diesem Tarifvertrag wird eine ganze Reihe von Regelungen beschrieben und zusammengefasst, die diesem Themenkomplex zugeordnet werden können. In einer Präambel wird auf die Bedeutung des demografischen Wandels abgehoben und als Zielvorstellung die Förderung einer „nachhaltigen und vorausschauenden Personalpolitik“ formuliert, die Anreize für eine längere Beschäftigung setzen soll. Als Elemente einer „Chemieformel zum demografischen Wandel“ werden genannt:

- Durchführung einer Demografieanalyse (Alters- und Qualifikationsstrukturen)
- Maßnahmen zur alters- und gesundheitsgerechten Gestaltung des Arbeitsprozesses mit dem Ziel der Verbesserung der Beschäftigungs- und Leistungsfähigkeit
- Maßnahmen zur Qualifizierung während des gesamten Arbeitslebens
- Maßnahmen der (Eigen-)Vorsorge und Nutzung verschiedener Instrumente für gleitende Übergänge zwischen Bildungs-, Arbeits- und Ruhestandsphase.

Die Demografieanalyse des Betriebes bzw. Unternehmens soll bis spätestens Ende 2009 durchgeführt und dann fortgeschrieben werden. Sie dient als Basis für die Durchführung konkreter Maßnahmen.

Auf betrieblicher Ebene wird ein Demografiefonds eingerichtet, in den der Arbeitgeber ab 2010 jährlich einen Betrag von 300 € je Beschäftigten einzahlt. Dieser Betrag wird ab 2011 um den jeweiligen Prozentsatz der Einkommenserhöhung des Vorjahres erhöht (Tarifdynamisierung). Im Rahmen einer freiwilligen Betriebsvereinbarung kann der Demografiebetrag (nur) für folgende Zwecke verwendet werden: Langzeitkonten, Al-

tersteilzeit, Teilrente, Berufsunfähigkeitszusatzversicherung und tarifliche Altersvorsorge. Erfolgt bis Ende 2009 keine Einigung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat, muss der Arbeitgeber in Betrieben mit bis zu 200 ArbeitnehmerInnen den Demografiebetrag für die tarifliche Altersvorsorge, in größeren Betrieben in Form eines Langzeitkontos zur Verfügung stellen. Die bisherigen tariflichen Regelungen zu Langzeitkonten und zur Arbeitsgestaltung gehen in veränderter Form ebenso wie die Tarifverträge zur Qualifizierung sowie zur Altersteilzeit in den neuen Tarifvertrag über.

Für die ostdeutsche chemische Industrie einigten sich die Tarifvertragsparteien am 27.5. auf einen Abschluss, nach dem die Entgelte, wie im Bundesgebiet West, um 4,4 % ab Mai 2008 und um weitere 3,3 % ab Juni 2009 erhöht werden. Auch die zusätzliche Einmalzahlung wurde übernommen. Die Tarifparteien einigten sich ferner auf eine Niveauangleichung an Berlin-West in Höhe von 2,0 und 1,98 % jeweils zahlbar ab Oktober 2008 und 2009. Damit wird die bereits 2002 im Grundsatz vereinbarte Anpassung der Osttarife an das Westniveau erreicht. Der Entgeltaufbau der Gruppen E 5 bis 8 wurde weiterentwickelt, dadurch steigen die Endstufen ab Oktober 2009 zwischen 0,6 und 2,6 %. Außerdem wurde vereinbart, dass in den Jahren 2008 und 2009 jeweils 700 Ausbildungsplätze angeboten werden. Der Tarifvertrag „Demografie und Lebensarbeitszeit“ wird auch im Bundesgebiet Ost umgesetzt.

Die IG BCE wertete den Tarifabschluss insgesamt als „zukunftsweisend“ und als „tarifpolitischen Meilenstein“. Auch die Chemie-Arbeitgeber beurteilten die Regelungen zur Ausbildung sowie zur Demografie und Lebensarbeitszeit als „wegweisend“. Mit den Tarifierhebungen sei man an die „Belastungsgrenze“ gegangen. Die lange Laufzeit von zwei Jahren und die Flexibilisierung der Einmalzahlung verschaffe den Unternehmen mehr Planungssicherheit (BAVC-Pressinformation vom 16.4.2008). BDA-Präsident Hundt warnte, wie bereits beim Stahlabschluss, dass die Einigung im Hinblick auf die Höhe der Belastung kein Maßstab für die gesamte Wirtschaft sein könne.

4. Ausblick

Die Tarifrunde 2008 ist noch nicht abgeschlossen: Nach wie vor laufen die Verhandlungen im Einzelhandel, wo es lediglich mit einigen Firmen zu vorläufigen tariflichen Regelungen gekommen ist. Offen waren zum Redaktionsschluss dieses Berichts noch die Verhandlungen im Bankgewerbe und noch nicht begonnen hat die diesjährige Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie. Die Verträge laufen dort Ende Oktober aus. Auch in einigen kleineren Tarifbereichen wird noch verhandelt. Ende des Jahres läuft dann der Entgelttarifvertrag im öffentlichen Dienst Bereich der Länder aus.

Literatur:

- Bispinck, Reinhard/WSI-Tarifarchiv (2008): Tarifpolitischer Jahresbericht 2007: Aufwärtstrend bei Tarifabschlüssen - Konflikte um Beschäftigungssicherung und Tarifstandards, in: WSI-Informationen zur Tarifpolitik, Düsseldorf, Januar 2008.
- Bispinck, Reinhard/WSI-Tarifarchiv (2006): Tarifpolitischer Jahresbericht 2005, Düsseldorf, Januar 2006.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2008): Jahreswirtschaftsbericht 2008 – Kurs halten!, Berlin 2008.
- IG Metall (2007): Tarifrunde 2008 in der Eisen- und Stahlindustrie: Sozialökonomische Rahmenbedingungen, Wirtschaftspolitische Informationen Nr. 10, 10. Dezember 2007.
- IMK (2007): Der Aufschwung geht weiter, Frühjahrsprognose des IMK für 2007, IMK-Report 19, April.
- Meerkamp, A. (2008): Neugestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst, in: R. Bispinck (Hrsg.), Verteilungskämpfe und Modernisierung. Aktuelle Entwicklungen in der Tarifpolitik, Hamburg 2008, S. 109-122.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2007): Jahresgutachten 2007/08 – Das Erreichte nicht verspielen, Wiesbaden.
- Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) (2007): 10 Punkte zur Tarifrunde 2008, Mannheim, 16. November 2007.
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) (2007): Tarifbewegung 2007/2008. Tarifrunde 2008 öffentlicher Dienst, Berlin o. J.

Anhang zum WSI-Halbjahresbericht 2008

Grafik:

Erhöhung der Tarifverdienste 2008

Tabellen:

Tabelle 1:

Durchschnittliche Abschlussraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge Deutschland aus der Tarifrunde 2008 (vorläufige Ergebnisse)

Tabelle 2:

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste Deutschland 2008

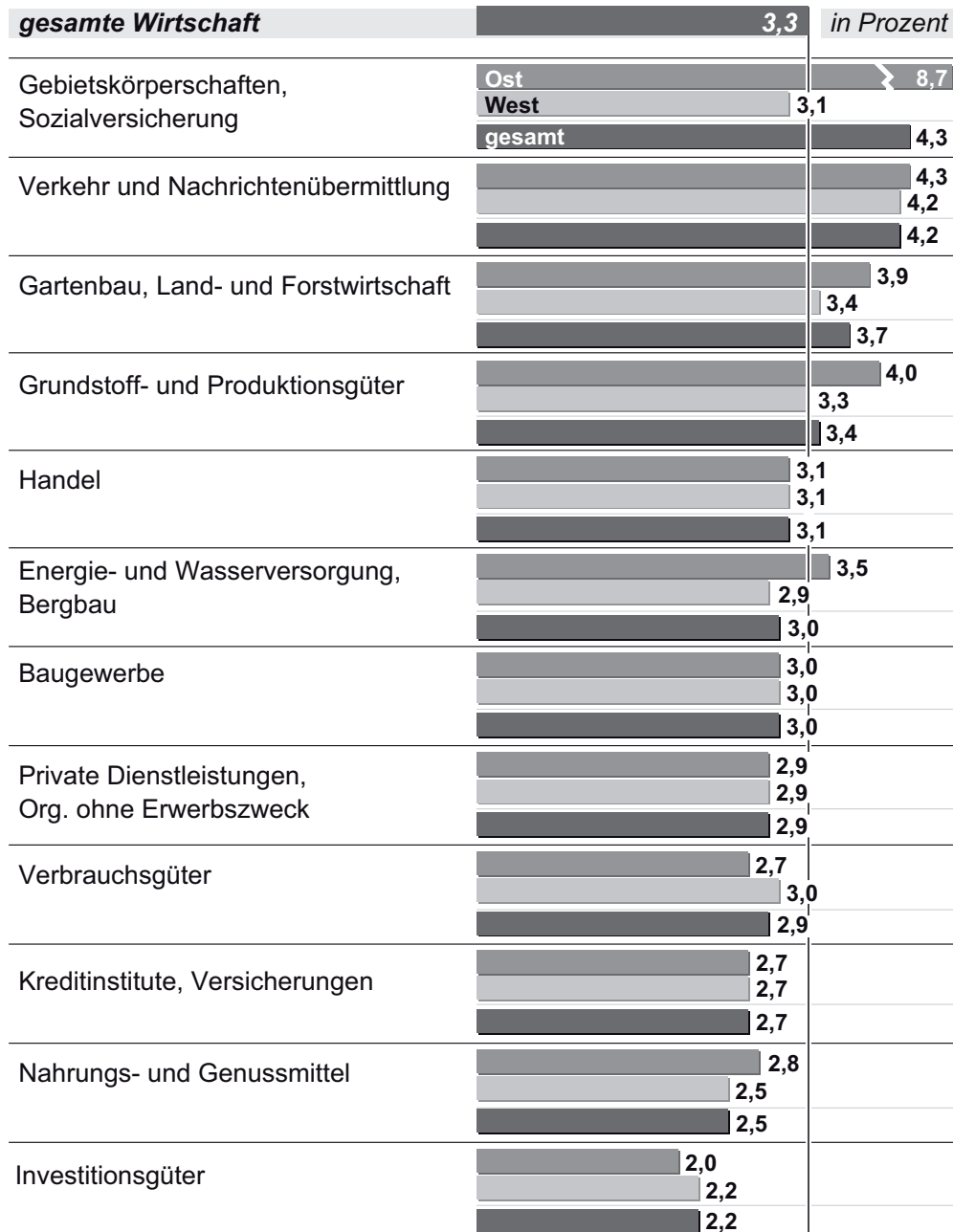
Tabelle 3:

Tarifliche Grundvergütung in Ost und West zum 15.6.2008

Übersicht:

Tarifabschlüsse in ausgewählten Tarifbereichen West und Ost im Jahr 2008

Kalenderjährliche Erhöhung der Tarifverdienste 2008 gegenüber dem Vorjahr



Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 15.06.2008

WSI Hans Böckler
Stiftung

Durchschnittliche Abschlussraten¹ der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 2008 (vorläufige Ergebnisse)²

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)³ -

Wirtschaftsbereich ⁴		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge			
		begünstigte Arbeiter	Erhöhungsraten in % ⁵	begünstigte Angestellte	Erhöhungsraten in % ⁵	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsraten in % ⁵	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsraten in % ⁵	davon: 2008 in Kraft getr. Tariferhöhung ⁵	davon begünstigte Arbeitnehmer
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	105,6	7,0	17,9	7,1	-	-	123,5	7,0	3,9	123,5
	W	24,5	5,8	0,9	4,7	-	-	25,4	5,8	3,4	25,4
	O	81,1	7,3	17,0	7,2	-	-	98,1	7,3	4,0	98,1
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	36,5	5,1	11,5	5,2	114,6	5,7	162,6	5,5	4,1	162,6
	W	33,4	5,2	10,5	5,3	89,0	6,2	132,9	5,9	4,2	132,9
	O	3,1	4,2	1,0	4,2	25,6	3,9	29,7	3,9	3,9	29,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	115,8	5,0	45,3	5,0	597,0	8,0	758,1	7,3	4,6	758,1
	W	100,9	5,0	40,4	5,0	555,0	7,7	696,3	7,2	4,5	696,3
	O	14,9	5,0	4,9	4,9	42,0	11,1	61,8	9,2	5,8	61,8
Investitionsgütergewerbe	G	60,4	6,9	45,6	7,0	131,3	6,8	237,3	6,8	3,7	237,3
	W	54,4	6,6	40,8	6,7	131,3	6,8	226,5	6,7	3,8	226,5
	O	6,0	9,7	4,8	9,7	-	-	10,8	9,7	2,5	10,8
Verbrauchsgütergewerbe	G	147,6	4,7	71,9	4,7	26,4	6,4	245,9	4,9	3,7	239,8
	W	138,9	4,7	69,1	4,7	15,4	6,5	223,4	4,8	3,7	221,1
	O	8,7	4,7	2,8	4,4	11,0	6,3	22,5	5,4	3,9	18,7
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	18,4	3,6	10,7	3,6	80,0	3,4	109,1	3,4	3,0	109,1
	W	14,4	3,8	9,0	3,7	62,3	3,2	85,7	3,3	3,1	85,7
	O	4,0	3,2	1,7	3,2	17,7	4,1	23,4	3,8	2,9	23,4
Baugewerbe	G	9,6	7,2	-	-	-	-	9,6	7,2	3,9	9,6
	W	9,6	7,2	-	-	-	-	9,6	7,2	3,9	9,6
	O	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Handel	G	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	W	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	O	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	3,5	5,0	3,0	5,0	130,0	7,1	136,5	7,0	4,0	136,5
	W	3,5	5,0	3,0	5,0	97,0	7,1	103,5	7,0	4,1	103,5
	O	-	-	-	-	33,0	7,1	33,0	7,1	4,0	33,0
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	W	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	O	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	359,0	3,8	63,8	5,5	650,4	5,7	1.073,2	5,1	3,7	1.073,2
	W	288,1	3,6	48,1	5,4	574,5	5,8	910,7	5,1	3,7	910,7
	O	70,9	4,7	15,7	6,0	75,9	5,6	162,5	5,3	3,8	162,5
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	19,8	4,5	94,8	3,4	1.478,6	8,7	1.593,2	8,3	5,6	1.593,2
	W	19,7	4,5	86,6	3,4	1.200,0	7,9	1.306,3	7,6	4,9	1.306,3
	O	0,1	16,7	8,2	3,9	278,6	12,1	286,9	11,9	9,0	286,9
Gesamte Wirtschaft	G	876,2	4,8	364,5	4,9	3.208,3	7,6	4.449,0	6,8	4,6	4.442,9
	W	687,4	4,5	308,4	4,7	2.724,5	7,2	3.720,3	6,5	4,3	3.718,0
	O	188,8	6,0	56,1	6,1	483,8	9,8	728,7	8,5	6,0	724,9

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Einschließlich Ost-West-Niveaueinstellungen sowie Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim Inkrafttreten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden (ohne Pauschalzahlungen, ohne zusätzliche Einmalzahlungen und leistungsorientierte Vergütungsbestandteile, soweit nichts anderes angegeben).
- 2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 5) Ohne rechnerischen Lohnausgleich für Wochenarbeitszeitverkürzungen bzw. -verlängerungen.

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 2008¹ (Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr - vorläufige Ergebnisse)²

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)³ -

Wirtschaftsbereich ⁴		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge	
		AN	%	AN	%	AN	%	AN	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	178,2	3,7	30,3	3,4	0,5	1,0	209,0	3,7
	W	86,6	3,5	10,8	3,0	-	-	97,4	3,4
	O	91,6	4,0	19,5	3,6	0,5	1,0	111,6	3,9
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	36,5	3,8	11,5	3,6	122,3	2,7	170,3	3,0
	W	33,4	3,7	10,5	3,5	96,7	2,5	140,6	2,9
	O	3,1	4,2	1,0	4,2	25,6	3,4	29,7	3,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	122,9	2,4	47,3	2,7	599,5	3,7	769,7	3,4
	W	101,9	2,5	40,4	2,8	555,0	3,5	697,3	3,3
	O	21,0	2,2	6,9	2,6	44,5	5,0	72,4	4,0
Investitionsgütergewerbe ⁵	G	356,1	2,4	163,7	2,4	324,4	1,8	844,2	2,2
	W	341,3	2,4	152,0	2,5	273,2	1,8	766,5	2,2
	O	14,8	2,1	11,7	1,4	51,2	2,1	77,7	2,0
Verbrauchsgütergewerbe	G	461,5	3,0	220,4	2,9	58,0	2,9	739,9	2,9
	W	425,3	3,0	207,6	2,9	22,7	2,8	655,6	3,0
	O	36,2	2,5	12,8	2,5	35,3	3,0	84,3	2,7
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	54,2	2,3	36,6	2,2	156,0	2,7	246,8	2,5
	W	50,2	2,2	34,9	2,2	137,2	2,7	222,3	2,5
	O	4,0	3,4	1,7	3,3	18,8	2,7	24,5	2,8
Baugewerbe	G	564,6	3,0	143,4	3,2	-	-	708,0	3,0
	W	425,8	3,0	109,5	3,2	-	-	535,3	3,0
	O	138,8	3,0	33,9	3,2	-	-	172,7	3,0
Handel	G	347,9	3,1	760,9	3,1	8,3	3,2	1.117,1	3,1
	W	307,3	3,1	697,9	3,1	8,3	3,2	1.013,5	3,1
	O	40,6	3,1	63,0	3,1	-	-	103,6	3,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung ⁶	G	49,3	2,2	22,2	2,5	334,5	4,6	406,0	4,2
	W	49,3	2,2	22,2	2,5	247,0	4,7	318,5	4,2
	O	-	-	-	-	87,5	4,3	87,5	4,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	-	-	-	-	166,0	2,7	166,0	2,7
	W	-	-	-	-	153,7	2,7	153,7	2,7
	O	-	-	-	-	12,3	2,7	12,3	2,7
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	439,9	3,1	117,4	2,5	785,4	2,8	1.342,7	2,9
	W	356,2	3,1	97,6	2,4	646,7	2,8	1.100,5	2,9
	O	83,7	3,0	19,8	2,9	138,7	2,8	242,2	2,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	19,8	3,7	94,8	2,8	2.169,6	4,4	2.284,2	4,3
	W	19,7	3,6	86,6	2,8	1.674,6	3,1	1.780,9	3,1
	O	0,1	11,0	8,2	2,3	495,0	8,8	503,3	8,7
Gesamte Wirtschaft	G	2.630,9	2,9	1.648,5	2,9	4.724,5	3,7	9.003,9	3,3
	W	2.197,0	2,9	1.470,0	2,9	3.815,1	3,1	7.482,1	3,0
	O	433,9	3,1	178,5	3,0	909,4	6,3	1.521,8	5,0

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 2008 gegenüber durchschnittlichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 2007 unter Berücksichtigung zusätzlicher Pauschal- und Einmalzahlungen.
- 2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 5) Ohne Berücksichtigung der ERA-Strukturkomponenten aus den Abschlüssen 2002 und 2004 der Metall- und Elektroindustrie.
- 6) Inkl. Berechnung der Erhöhung durch Einführung einer neuen Entg.-Struktur bei der Deutschen Bahn AG im Volumen von 6,5 %.

Tabelle 3:

Tarifliche Grundvergütung¹ und Tarifniveau in Ost und West - ausgewählte Tarifbereiche -

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Vergü- tungsart	Tarifliche Grundvergütung/Monat ²		
		Ost	West	Ost/West in %
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern/Bayern	L	1.331	1.782 ³	74,7
	G	1.277	1.680 ³	76,0
Energie- und Versorgungswirtschaft Ost (AVEU)/ Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	E	2.588	2.548	101,6
Eisen- und Stahlindustrie Ost/NRW	L	1.844	1.844	100,0
	G	2.061	2.061	100,0
Chemische Industrie Ost/Berlin-West	E	2.412	2.714	88,9
Mineralölverarbeitung SHELL Deutschland Oil GmbH	E	3.324	3.324	100,0
Metall- und Elektroindustrie Sachsen/Bayern	L	2.031	2.031	100,0
	G	2.496	2.496	100,0
Kfz-Gewerbe Thüringen/Hessen	E	1.824	2.028	89,9
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Sachsen/Bayern	E	1.832	L: 2.113 G: 2.536	86,7 72,2
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	L	2.051	2.061	99,5
	G	2.380	2.380	100,0
Druckindustrie Arb.: Ost/West Ang.: Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt/Hamburg, Schleswig-Holstein	L	2.360	2.360	100,0
	G	2.494	2.494	100,0
Textilindustrie Ost/Westfalen und Osnabrück	E	1.798	L: 1.878 G: 2.573	95,7 69,9
Süßwarenindustrie Ost/Baden-Württemberg	E	2.204	2.255	97,7 ⁴
Bauhauptgewerbe Ost (ohne Berlin-Ost)/ West (ohne Berlin-West)	L	2.156	2.418	89,2
	G	1.748	1.958	89,3
Großhandel Sachsen-Anhalt/NRW	L	2.070	2.158	95,9
	G	1.934	2.108	97,7
Einzelhandel Brandenburg/Berlin-West	L	1.972	1.973	99,9
	G	1.977	1.977	100,0
Deutsche Bahn AG Konzern⁵ Ost/West	E	⁶	⁶	100,0
Deutsche Post AG	E	2.183	2.183	100,0
Deutsche Telekom AG	E	2.580	2.580	100,0
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Thüringen (Spedition u. Güterverkehr)/Bayern	E	1.152	L: 1.817 G: 2.163	63,4 53,3
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken) Ost/West	E	2.629	2.629	100,0
Versicherungsgewerbe (Innendienst) Ost/West	E	2.461	2.461	100,0
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen/Bayern	E ⁷	1.315	1.771	74,3
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Mecklenburg-Vorp., Thüringen, Sachsen/West Ang.: Berlin-Ost/Berlin-West	L	1.532	2.020	75,8
	G	2.141	2.141	100,0
Öffentlicher Dienst Ost/West Bund, Gemeinden Länder	E	2.304	2.304	100,0
	E	2.250	2.250	100,0

L = Lohn; G = Gehalt; E = Entgelt

- 1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge ggfs. auf volle € gerundet.
- 2) Mittlere Gruppe (Endstufe) = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, i.d.R. dreijähriger Ausbildung.
- 3) Ohne Berücksichtigung der "Bundesempfehlung Landwirtschaft" mit 3,8 % ab 01.03.08.
- 4) Nominell 100 % der Durchschnittsentgelte aller regionalen Bereiche West.
- 5) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG.
- 6) Angabe nicht möglich, da die Tabellen der neuen Entg.-Struktur ab 01.03.08 noch nicht vorliegen.
- 7) Eingangsstufe.

Übersicht über ausgewählte Tarifabschlüsse 2008

Die nachstehende Übersicht enthält neben den Abschlüssen aus der Tarifrunde 2008 auch Stufenerhöhungen und sonstige Zahlungen für 2008, die bereits in den Tarifrunden 2005/2006/2007 vereinbart wurden.

Bauhauptgewerbe, 581 700 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn und Gehalt*: 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.04.08, 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.09.08, zusätzliche Einmalzahlungen als mtl. Festbetrag von 0,4/0,5 % eines ME (Arb.: Basis 173 Std./Mon.) ab 01.06.07/01.04.08, jew. aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 31.03.09.
West und Berlin-West und -Ost: Erhöhung der Mindestlöhne von 10,40/12,50 €/Std. auf 10,70/12,85 €/Std. (Berlin: 10,70/12,70 €/Std.) jew. LGr. 1/2 ab 01.09.08, Laufzeit bis 31.08.09 aus Abschluss 2007.

Chemische Industrie, alle West-Bereiche, 522 800 AN (IG BCE)

- *Entgelt*: 4,4 % regional unterschiedlich ab 01.03., 01.04. und 01.05.08 für 13 Monate, 3,3 % Stufenerhöhung für weitere 12 Monate, 7,0/7,8/9,1 % eines ME als zusätzliche Einmalzahlung für AN in Normal-/teil-/vollkontinuierlicher Wechselschicht, zahlbar bis 31.07.08, Kürzung oder Wegfall aus wirtschaftlichen Gründen möglich, Laufzeit bis 31.03., 30.04. und 31.05.10.
- *Sonstiges*: Erstabschluss eines TV „Lebensarbeitszeit und Demografie“ mit u.a. Regelungen zur alterns- und altersgerechten Arbeitsorganisation, Qualifizierung, Gesundheitsförderung, Altersteilzeit, Langzeitkonten, Chemie-Altersvorsorge, Teilrente und einer Berufsunfähigkeitszusatzversicherung Chemie (BUC), Einrichtung von Demografiefonds auf betrieblicher Ebene, ab Januar 2010 jährlicher AG-Beitrag von 300 € je AN, ab 2011 erhöht um den jeweiligen prozentualen Tarifierhöhungssatz des Vorjahres, Laufzeit: 01.05.08 bis 31.12.15.
Konkretisierung der Ausbildungsplatzzahlen im TV „Zukunft durch Ausbildung“ auf insgesamt 16 800 Ausbildungsplätze für 2009 und 2010; Verpflichtung zur Vertragsverlängerung über 2010 hinaus.

Ost, 36 000 AN (IG BCE)

- *Entgelt*: Abschluss wie West ab 01.05.08; als Angleichungsfaktor an das Tarifniveau Berlin-West weitere Stufenerhöhungen von 2,0/1,98 % jew. ab Oktober 2008 und 2009; Anhebung der Endstufen der Gr. E 5 bis E 8 zwischen 0,6 und 2,6 % ab 01.10.09.
- *Sonstiges*: Übernahme des TV „Lebensarbeitszeit und Demografie“.
Jew. 700 Ausbildungsplätze in den Jahren 2008 und 2009.

Deutsche Bahn AG Konzern (hier die Unternehmen: DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service), 134 000 AN (Transnet)

- *Entgelt*: 4,5 % ab 01.01.08, Laufzeit bis 31.01.09, garantierter Entgeltzuwachs von 1 600 € während der Laufzeit für Vollzeit-AN, jew. aus Abschluss 2007; 1,9 % oder 50 € mtl. Festbetrag ab 01.03.08 aus Abschluss 2005;
Vereinbarung einer neuen Entg.-Struktur bestehend aus funktionsübergreifendem Basis-TV und 6 funktionspezifischen TVen mit 10 Tätigkeitsgr. ab 01.03.08, Bereitstellung eines Gesamtvolumens von 6,5 % für die Einführung, garantierte individuelle Einkommenssteigerung von mind. 10 % bis 2010 unter Anrechnung der Einkommensrunden ab 2007; neues eigenständiges Tarifwerk für Lokomotivführer.

Tarifabschlüsse 2008

Deutsche Post AG, 130 000 AN (ver.di)

- *Entgelt*: 200 € Pauschale insg. für Mai bis Oktober, 4,0 % ab 01.11.08, 3,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.09, Laufzeit bis 30.06.10.
- *Sonstiges*: Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 30.06.11, Kürzung bezahlter Kurzpausen.

Druckindustrie, 174 300 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.07.08 aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 31.03.09.

Eisen- und Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, 91 500 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: 200 € Pauschale für Februar 2008, 5,2 % ab 01.03.08, Laufzeit bis 31.03.09.
- *Sonstiges*: Abschluss der Verhandlungen über einen gemeinsamen Entgelt-Rahmen-TV (GERT) bis Ende Juni 2009.

Ost, 16 200 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt, Sonstiges*: Abschluss wie West.

Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich), 9 000 (IG BCE/ver.di)

- *Entgelt*: 4,0 % ab 01.07.08, 3,5 % Stufenerhöhung ab 01.07.09, Laufzeit bis 30.06.10.
- *Sonstiges*: Aufforderung der AG an die Mitgliedsunternehmen zur Beibehaltung des Ausbildungsplatzniveaus und Empfehlung zur Übernahme Ausgebildeter für mind. 12 Mon.

Ost (AVEU), 25 600 AN (IG BCE/ver.di)

- *Entgelt*: 3,9 % ab 01.05.08, Laufzeit bis 30.04.09.

Gebäudereinigerhandwerk, 354 000 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn*: 3,5 % ab 01.03.08, Laufzeit bis 30.09.09, Stufenplan für die LGr. 5 - 9 zur Erreichung eines einheitlichen Tarifniveaus der Tarifgebiete Ost bis 2011, jew. aus Abschluss 2007.
- *Gehalt*: Verpflichtung des Bundesinnungsverbandes zur Abgabe einer Empfehlung zur analogen Erhöhung an die Mitgliedsbetriebe aus Abschluss 2007.

Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen, 297 100 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: 2,0 % Stufenerhöhung zzgl. 7,50 € für alle Gruppen (= 2,4 % im Durchschnitt) ab 01.07.08 aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 30.04.09.

Sachsen-Anhalt, 15 700 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: Abschluss wie Nordrhein-Westfalen.

Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe, 49 100 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: 345 € zusätzliche Einmalzahlung insg. für Juni bis August 2008, 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.09.08 aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 30.04.09.

Sachsen, 11 600 AN (IG Metall)

- *Entgelt:* 2,6 % Stufenerhöhung ab 01.07.08 aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 30.04.09.

Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern, 119 100 AN (NGG)

- *Entgelt:* 3,0 % ab 01.05.08, 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.09.09, Laufzeit bis 30.09.10.

Kfz-Gewerbe Thüringen, 11 000 AN (IGM)

- *Entgelt:* 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.01.08, 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.01.09, jew. aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 31.12.09.

Landwirtschaft, alle West- und Ost-Bereiche, 170 200 Arb./Ang. (IG BAU)

Bundesempfehlung Landwirtschaft:

- *Lohn und Gehalt:* 3,8 % ab 01.03.08, 3,3 % Stufenerhöhung ab 01.02.09, Laufzeit bis 31.03.10. Kein Einkommen unter 7,00 €/Std. (West und Berlin) bzw. 6,10 €/Std. (Ost ohne Berlin).

Metallindustrie, 3 371 400 Arb./Ang./AN (IGM)

- *Lohn und Gehalt, Entgelt:* 1,7 % Stufenerhöhung ab 01.06.08, jew. 0,7 % eines ME als zusätzliche Einmalzahlung für Juni bis Oktober (= 3,98 % unter Berücksichtigung des Urlaubsgeldes), zahlbar im August, Verschiebung der Stufenerhöhung und der zusätzlichen Einmalzahlung in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes um max. 4 Mon. durch BV möglich, jew. aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 31.10.08.
- *Sonstiges:* *Nordrhein-Westfalen:* TV zur Förderung der Ausbildungsfähigkeit; *Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland:* Vereinbarung zum Umgang mit den ERA-Strukturkomponenten von insg. 2,79 % eines ME, in Betrieben, die den ERA-TV noch nicht eingeführt haben, Verlängerung der TVE zur Beschäftigungssicherung.

Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden, 1 242 300 AN (ver.di)

- *Entgelt:* vorab 50 € Erhöhung (= 1,9 % im Durchschnitt), 3,1 % ab 01.01.08 (Gemeinden Ost: jew. ab 01.04.08), 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.01.09 sowie 225 € zusätzliche Einmalzahlung im Januar 2009 (Ausz.: 70 € Erhöhung in allen Ausbildungsj.), Laufzeit bis 31.12.09.

Bund Ost: Vorziehen der Tarifniveau-Anpassung von 92,5 auf 100 % von West für die EntgGr. 10-15 vom 01.01.10 auf den 01.04.08 (aus Abschluss 2003: Anpassung der EntgGr. 1-9 von 92,5/97 % (Bund/Gemeinden) auf 100 % von West ab 01.01.08).

- *Arbeitszeit:* *Gemeinden West:* von 38,5 auf 39 Std./W. ab 01.07.08; Wegfall der Öffnungsklausel mit der Möglichkeit der Verlängerung der AZ auf bis zu 40 Std./W. durch landesbezirklichen TV und Anpassung der auf dieser Grundlage geschlossenen TVE an die neue AZ-Regelung; Verwendung von 2,5 AT für Zwecke der Vorbereitung und Qualifizierung im Erziehungsdienst.
- *Sonstiges:* Regelungen zur Umsetzung der Restanten zum 01.07.08; Daraufhinwirken der TV-Parteien zur befristeten Übernahme Ausgebildeter für 12 Mon., gilt nicht bei Ausbildung über Bedarf hinaus.

Abweichende Regelungen für die Bereiche kommunale Krankenhäuser, Nahverkehr (TV-N) und Versorgung (TV-V).

Tarifabschlüsse 2008

Länder (ohne Hessen und Berlin), 691 000 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 2,9 % aufgerundet auf volle 5 € (= 3,0 % im Durchschnitt) ab 01.01./01.05.08 West/Ost aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 31.12.08.

Land Hessen, 38 300 Arb./Ang. (ver.di)

Eckpunktevereinbarung

- *Lohn und Gehalt:* nach 35 Nullmonaten (Februar 2005 bis Dezember 2007) 3,0 % eines ME als Einmalzahlung für Januar bis März sowie zusätzliche Einmalzahlung von 100/150 €, gestaffelt nach Lohn-/GehGr., 3,0 % ab 01.04.08 (unter Anrechnung der vom Land bereits gezahlten 2,4 %).
- *Sonstiges:* Aufnahme gesonderter Verhandlungen zur Einkommensentwicklung 2009 und Beauftragung von Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von TV-Entwürfen (z.B. MTV, Übergangsrecht).

Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende Industrie, 75 000 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* nach einem Nullmonat (April) 3,9 % ab 01.05.08, 2,9 % Stufenerhöhung ab 01.05.09, Laufzeit bis 30.04.10.

Steinkohlenbergbau, alle West-Bereiche, 35 400 Arb./Ang. (IG BCE)

- *Lohn und Gehalt:* 300 € Pauschale insg. für Januar bis April, 3,4 % ab 01.05.08, 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.07.09, Laufzeit bis 31.12.10.
- *Sonderzahlung:* Festschreibung des W-Geldes von 2 000 € bis 31.12.12.

Süßwarenindustrie Baden-Württemberg, 4 000 AN (NGG)

- *Entgelt:* 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.07.08 aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 30.06.09.

Ost, 7 300 AN (NGG)

- *Entgelt:* 2,4 % ab 01.01.08, 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.01.09, Laufzeit bis 31.12.09.

Textil- und Bekleidungsindustrie West, 103 200 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt:* nach einem Nullmonat (März) 200 € Pauschale insg. für April und Mai, 3,6 % ab 01.06.08, Möglichkeit zur Verschiebung und Kürzung der Pauschale durch BV, Beschäftigungszusage als Voraussetzung, Laufzeit bis 28.02.09.
- *Sonstiges:* Verlängerung des TV Altersteilzeit bis 31.12.09; Erarbeitung eines Entgelt-rahmen-TV-Entwurfs (TERA) bis 31.01.09.

Textilindustrie Ost, 11 200 AN (IGM)

- *Entgelt:* 2,7 % Stufenerhöhung ab 01.07.08 aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 31.03.09.

Versicherungsgewerbe (Innendienst), 166 000 AN (ver.di)

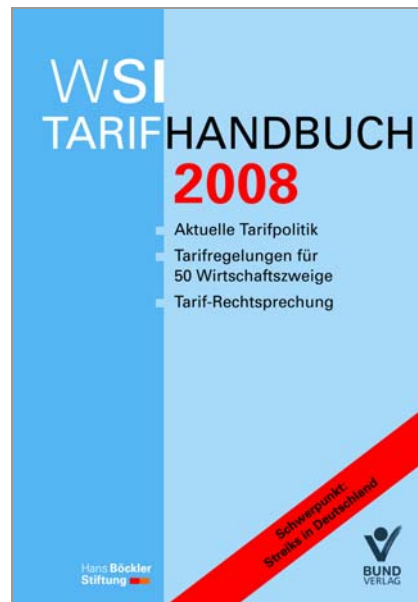
- *Entgelt:* 3,0 % ab 01.01.08, 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.09, 3,6 % eines ME als zusätzliche Einmalzahlung im Juli 2008 aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 30.09.09.

Zeitarbeit West und Ost, 488 000 AN (DGB-Tarifgemeinschaft)
*unter Voraussetzung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit auf Basis des AN-Entsende-
gesetzes*

- *Mindestentgelt:* West ohne Berlin-West/Ost, Berlin-West:
7,31/6,36 €/Std. ab 01.01.08 aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 31.12. 08.

Schwerpunktthema:

Streiks in Deutschland



WSI-Tarifhandbuch 2008

- Tarifchronik
- Tarifabschlüsse 2007/2008
- Aktuelle Tarif-Rechtsprechung
- **Schwerpunktthema: "Streiks in Deutschland"**
- Tarifdaten zu 50 Wirtschaftszweigen
- Einführung in das Tarifsysteem
- Tarifvertragsgesetz
- Glossar mit über 150 Fachbegriffen

Jetzt bestellen:

Bitte einsenden/faxen an:

WSI-Tarifarchiv
in der Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39

40476 Düsseldorf

Fax-Nr.: 0211/77 78-250

Hiermit bestelle ich:

... Ex. **WSI-Tarifhandbuch 2008**
Frankfurt, Bund Verlag
280 Seiten, 19,90* €
zzgl. Versand

Name:

Anschrift:

.....

.....

Datum/Unterschrift:

* ab 20/50/100/250 Exemplaren gibt es 10/15/20/25 %
Rabatt